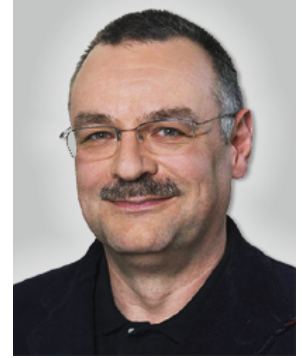


Uwe Doering, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer,
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15
doering@linksfraktion-berlin.de
www.uwe-doering.de



1. Nein zu Laufzeitverlängerungen: Anti-AKW im AGH (s. 1)
2. Mietpreise im Bundesrat: Berliner Initiative gut für Mieter und Klima (s. 1-2)
3. Kürzung der Städtebauförderung und Folgen für Berlin (s. 2)
4. Berlin und Brandenburg gemeinsam für mehr Steuergerechtigkeit (s. 2)

Nein zu Laufzeitverlängerungen: Anti-AKW im AGH

100.000 kamen am Sonnabend den 18.09. in Berlin zusammen, um gegen verlängerte Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke zu demonstrieren. Hintergrund: Die schwarz-gelbe Koalition im Bund plant, den Ausstieg aus der Atomkraft deutlich nach hinten zu legen – durchschnittlich zwölf Jahre länger sollen die Meiler nach dem Willen der Bundesregierung laufen. Größte Profiteure der verlängerten Laufzeit wären unbestritten die Energieriesen, die dadurch enorme Gewinne zu erwarten haben.

Auch im Abgeordnetenhaus ist das Thema Atomausstieg aktueller denn je. Pläne, die Laufzeiten wenn nötig auch ohne die Stimmen der Länderkammer zu beschließen, hält Rot-Rot für falsch – in der Sache und auch aus juristischer Sicht. Hier ein gemeinsamer Antrag, der dazu ins Abgeordnetenhaus eingebracht wurde:

Mietpreise im Bundesrat: Berliner Initiative gut für Mieter und für Klima

In zahlreichen „Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus“ der letzten Jahre habe ich immer wieder die Bemühungen der Linksfraktion deutlich gemacht, eine soziale Mietpreispolitik zu erreichen (einen Überblick dazu vermittelt besonders die Ausgabe vom Juli 2010). Nun folgen vielen unserer Ideen Taten: Berlins Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer plant, im Herbst eine Bundesratsinitiative zu starten, die Mietsteigerungen von Seiten des Bundes ausbremsen

„Die Pläne der Bundesregierung, eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken durchzusetzen und sogar ohne die Zustimmung des Bundesrates in die Tat umzusetzen, lehnt das Abgeordnetenhaus von Berlin entschieden ab.

Die von Atomkraftwerken ausgehende potentielle Unfallgefahr ist ein zu großes Risiko für Leib und Leben der Bevölkerung. Überdies stellt die Entsorgung des bereits entstandenen und noch entstehenden Atommülls eine weitere erhebliche Gefahr für die Gesundheit der Menschen auch künftiger Generationen dar. Nach wie vor ist das Problem der Endlagerung von Atommüll nicht gelöst und wurde jüngst durch die offenkundigen Sicherheitsprobleme bei der Lagerung des Atommülls in der Schachtanlage Asse neu bestätigt.

Neben den gesundheitlichen Aspekten sprechen auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Gründe gegen

soll. Ziel ist es u.a. Mietpreiserhöhungen von Bestandsmieten zu reduzieren und die Umlagen von Modernisierungskosten zu begrenzen.

Mit geänderten Mehrheiten im Bundesrat stehen die Chancen auf einen positiven Ausgang der Initiative gut. Folgen können bspw. Aufforderungen an die Bundestagsfraktionen, tätig zu werden.

Gemeinsam mit der umweltpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Mariona Platta, habe ich dazu folgende Erklärung abgegeben:

dir Fortführung der Atomstromproduktion. Der Einsatz von erneuerbaren Energien und der damit verbundene Ausbau von regenerativen Energiequellen wird durch den Einsatz von Atomstrom begrenzt und behindert. Die mit dem Ausbau der regenerativen Energien zu erwartenden Investitionen und positiven Arbeitsmarkteffekte würden bei einer Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ausbleiben bzw. erheblich behindert. Das Abgeordnete Haus fordert den Senat von Berlin daher auf, sich weiterhin mit Nachdruck gegen eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken einzusetzen. Das Abgeordnete Haus von Berlin begrüßt die Initiative des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und anderer Bundesländer, Laufzeitverlängerungen im Bundesrat zu verhindern und verbindet dies mit der Erwartung, dass die Rechte des Bundesrats notfalls vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagt werden.“

„Berlins Bundesratsinitiative zum Schutz vor Mietwucher und Vermieterwillkür ist ein wichtiges Signal in Zeiten, da die Bundesregierung Mieterinnen und Mieter einseitig belasten will. Sie greift die Vorschläge der Linksfraktion auf und entspricht den Forderungen der Koalitionsfraktionen im Abgeordnetenhaus.

Die Berliner Initiative ist gut für den Mieter- und für den Klimaschutz. Dabei ist die Begrenzung der Modernisierungsumlage nur ein Punkt der notwendigen Maßnahmen.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Klimaschutz nicht zum Nulltarif zu haben ist und von Rot-Rot für Hauseigentümer und Mieter sozialverträglich gestaltet wird, sind Rahmenbedingungen erforderlich. Deshalb ist es nicht länger hinnehmbar,

Kürzung der Städtebauförderung und Folgen für Berlin

In der Abgeordnetenhaussitzung vom 09.09. wurde eine Frage von mir zur Städtebauförderung behandelt. Maria Krautzberger (Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) beantwortete zunächst diese Frage und danach meine Nachfrage zu CO2-Gebäudesanierungen. Hier Auszüge aus der Parlamentsdokumentation:

Frage: Welche Chancen sieht der Senat für seine Bundesratsinitiative gegen die Kürzung der Städtebauförderung [...] und welche Probleme würden sich für Berlin mit der geplanten Kürzung der Städtebauförderung ergeben?

Antwort: Der Senat will mit der Entscheidung, die er in den Bundesrat eingebracht hat, zuallererst die Bundesregierung auffordern, umgehend alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit im weiteren Verlauf der parlamentarischen Beratungen zum Haushaltsentwurf 2011 die Kürzungen bei der Städtebauförderung rückgängig gemacht werden. Der Appell des Bundesrats richtet sich nicht nur an die Bundesregierung, sondern auch an den Bundestag, insbesondere im Rahmen dieser Haushaltsberatungen dem Kabinettsbeschluss zu diesem Teil des Haushalts nicht zuzustimmen. Wir beziehen uns hier auf einen sehr breiten Konsens aller Länder, der Gemeinden, ausgedrückt durch die

dass Vermieter einmal getätigte Investitionen zeitlich unbegrenzt mit 11 Prozent auf Mieterinnen und Mieter umlegen können.

Der Schutz vor zu hohen und zu schnellen Mietsteigerungen ist in al-

kommunalen Spitzenverbände und vieler Organisationen bis hin zu den Vertretern der Bauwirtschaft, des Handwerks und des Einzelhandels, die sich alle für die Fortsetzung der Städtebauförderung auf dem bisherigen Niveau einsetzen. Wir erwarten aufgrund dieser doch sehr konsensualen Haltung, dass hier die Einsparabsicht in großen Teilen hoffentlich in Gänze aufgegeben wird. [...]

In Berlin betreffen die Kürzungen die Berliner soziale Stadtentwicklung in allen Facetten. Im Jahr 2010 erhält Berlin Bundesfinanzhilfen in Höhe von 30 Millionen Euro. Blicke es bei der Kürzung, würden die auf Berlin entfallenden Mittel für die Programme ab 2011 voraussichtlich halbiert. [...] Infolge fehlender Fördermittel – ich nenne sie mal in den Bestandteilen – für die soziale Stadt, den Stadtumbau, die aktiven Zentren und den städtebaulichen Denkmalschutz könnten dann wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie Schulen, Kitas und Verbesserungen im öffentlichen Raum in Bauabschnitten oder über mehrere Programmjahre nicht mehr in vollem Umfang gefördert werden.

[...] Mit Städtebauförderung wird Demokratie vor Ort möglich und führt oft dazu, dass Menschen Verantwortung in der Nachbarschaft übernehmen. Dies sind Prozesse, die man nicht beliebig abbrechen kann, die Kontinuität und Verlässlichkeit fordern.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist, dass

len Ballungsgebieten der Bundesrepublik ein wichtiger Faktor zum Erhalt der sozialen Balance. Insofern sind auch die Grünen gefordert, dort, wo sie Regierungsverantwortung tragen, die Berliner Bundesratsinitiative zu unterstützen.“

eine Kürzung der Städtebauförderung das örtliche Handwerk und das Baugewerbe unmittelbar treffen würde. Die Bauaufträge in den Fördergebieten kommen, da sie in aller Regel sehr kleinteilig und arbeitsintensiv sind, fast ausschließlich den lokalen und regionalen Unternehmen, dem Handwerk und ihren Beschäftigten zugute. [...] Auch die Mitglieder des Arbeitskreises Berliner Quartiersmanagementbeauftragter nahmen aufgrund der Sorge um die Auswirkungen in den 34 Berliner Problemquartieren Stellung zu der geplanten Kürzung der Städtebauförderung und wandten sich direkt an Mitglieder des Deutschen Bundestags. Auch sie setzen sich dafür ein, die Kürzungspläne vollständig zurückzunehmen.

Frage: Neben der Kürzung bei der Städtebauförderung sind auch Kürzungen bei der CO2-Gebäudesanierung und beim Wohngeld vorgesehen. Waren diese beiden Punkte auch Thema beim Treffen der zuständigen Fachminister aus den Ländern und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Schwerpunkt waren die Mittel im Bereich der Städtebauförderung. Auch zur Wohngeldförderung wurden entsprechende Erörterungen gemacht, allerdings nicht in dem Umfang. Aber auch hierzu ist Frau Junge-Reyer initiativ geworden und versucht, auf Bundesebene darauf einzuwirken, dass die Auswirkungen dieser Kürzungen ausgeglichen werden.

Berlin und Brandenburg gemeinsam für mehr Steuergerechtigkeit

Ein Antrag für mehr Steuergerechtigkeit ist ein erstes Zeugnis erfolgreicher rot-roter Zusammenarbeit über die Ländergrenzen Berlins und Brandenburgs hinweg. Eine gemeinsame Bundesratsinitiative wurde zunächst in den Brandenburger Landtag eingebracht und wird nun im Berliner Abgeordnetenhaus behandelt.

Damit zeigen die beiden Bundesländer, wie erfolgreiche Länderkoalitionen aussehen können und damit Bundesthemen von Landesseite mehr Nachdruck verliehen werden kann. Der Antrag zielt auf folgendes ab:

1. Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung unter Beibehaltung der derzeitigen Steuerprogression.

2. Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

3. Sozial gerechte Anpassungen der Erbschaftssteuer.

4. Weiterentwicklung der Gewerbesteuer im Sinne des sogenannten Kommunalmodells der Kommunalen Spitzenverbände.